



öffentlich

Vorlage			
Betreff			
Entsendung von Fraktionsmitgliedern in Gremien des VRR gem. §2 Abs. 3 VRR-Entschädigungssatzung			
Organisation	Bereich/Periode/Jahr/Lfd. Nr./Nachtrag	Datum	Lfd. Nr. BPL
ZV	GP/X/2023/0617	10.11.2023	7

<u>Beratungsfolge</u>	<u>Zuständigkeit</u>	<u>Sitzungstermin</u>	<u>Ergebnis</u>
-----------------------	----------------------	-----------------------	-----------------

Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRR	Entscheidung	06.12.2023	<input type="checkbox"/>
---	--------------	------------	--------------------------

Kurzzusammenfassung:

Nachbesetzung von zwei vakanten stellvertretenden Mandaten im Arbeitskreis Sicherheit.
Das Vorschlagsrecht obliegt der CDU-Fraktion in der Verbandsversammlung des ZV VRR.

Beschlussvorschlag:

Der Verbandsversammlung des ZV VRR beschließt die Teilnahme folgender Mitglieder der Verbandsversammlung als stellvertretende Mitglieder an Sitzungen des Arbeitskreises Sicherheit gemäß § 2 Absatz 3 der VRR-Entschädigungssatzung:

Stellvertretende Mitglieder:

Finanzielle Auswirkungen:

- Keine
- Ist im aktuellen Wirtschaftsplan berücksichtigt.
- Kann aus eingesparten Mitteln des aktuellen Wirtschaftsplans finanziert werden.
- Greift im nächsten und/oder Folgejahren und wird im Wirtschaftsplan eingeplant.
- Wird durch Fördermittel finanziert (Fördersatz: ___ % / Eigenmittel ___ %)

Personelle Auswirkungen:

- Keine
- Ist im aktuellen Stellenplan berücksichtigt.
- Wird mit dem bestehenden Personal umgesetzt/durchgeführt werden.
- Abweichend vom Stellenplan wird zusätzliches Personal benötigt (siehe Begründung).
- interne Finanzierung externe Finanzierung

Begründung/Sachstandsbericht:

Mit Beschluss der Verbandsversammlung vom 24.03.2021 wurde die personelle Besetzung des Arbeitskreis Sicherheit festgelegt. Neben Vertretern der Bundes- und Landespolizei, der kommunalen Verkehrsunternehmen, der EVUs und des Vorstands der VRR AöR sollen je zwei Vertreter der im VRR vertretenen Fraktionen als ordentliche Mitglieder am Arbeitskreis Sicherheit teilnehmen. Aktuell sind zwei stellvertretende Mandate vakant. Die vorschlagsberechtigte CDU-Fraktion schlägt die im Beschlussvorschlag beschriebene Entsendung vor.